

BERGARBEITER-MITTEILUNGEN

HERAUSGEGEBEN VOM
ARBEITSAUSSCHUSS FREIGEWERKSCHAFTLICHER BERGARBEITER DEUTSCHLANDS
(ANGESCHLOSSEN DER BERGARBEITER-INTERNATIONALE: - SITZ LONDON)

Vierter Jahrgang : Nr. 4.

April 1939.

Kampf der Bergarbeiter gegen die Verlängerung der Arbeitszeit.

R u h r g e b i e t .

Die Göringverordnung, nach der die Schichtzeit der Bergleute um 45 Minuten verlängert wurde, hat auf allen Gruben des Ruhrgebiets eine solche Erbitterung und Empörung unter den Bergleuten hervorgerufen, wie sie nur mit der gereizten Stimmung während der Septembertage des vergangenen Jahres vergleichbar ist. Breite Diskussionen in bisher kaum erlebtem Ausmass und in noch nicht beobachteter Offenheit, massenweise Beschwerden und Anfragen an die Vertrauensmänner und DAF-Stellen, sowie Briefe in grosser Zahl an den "Ruhrarbeiter" und die Tagespresse des Gebietes, die in zahlreichen Fällen selbst von Vertrauensmännern und Betriebsobleuten geschrieben wurden, waren vor dem 1. April die äusseren Merkmale der tiefgehenden und umfassenden Erregung der Bergleute.

Ein illegaler Vertrauensmann auf einer der grössten Ruhrzechen schilderte die Stimmung seiner Belegschaft so: "Wenn nur einer auf die Bank gesprungen wäre und die Kumpels aufgefordert hätte nicht anzufahren, dann wären die Brocken geflogen", und resigniert fügte er hinzu: "Aber wer kann das heute wagen!"

Ein anderer berichtet: "Hätten wir im Ruhrgebiet eine Organisation und nur wenige Stunden Versammlungsfreiheit gehabt, dann hätte das ganze Ruhrgebiet im Streik gestanden."

Die DAF und die Nazipartei entfalteten vor dem 1. April eine fieberhafte Tätigkeit im Gebiet. Die Betriebsobleute mussten täglich über die Stimmung der Belegschaften an die örtlichen Parteistellen berichten. In aller Eile wurde eine Reichstagung des Fachamtes Bergbau zusammengerufen. Der vor kurzem für den gestürzten Padberg wieder neu eingesetzte Fachamtsleiter Stein wurde vorsichtiger Weise von dieser Reichstagung seines Fachamtes ferngehalten, um der Erregung der Kumpels nicht noch zusätzlichen Auftrieb zu geben. Bezeichnend ist, dass an seiner Stelle der Polizeipräsident Schlessmann, ein SS-Führer, die Tagung leitete.

Gauleiter Teerboven und Dr. Ley versuchten mit einer gerissenen antikapitalistischen Demagogie die Kumpels zu beschwichtigen, sie versprachen u. a. den Bergleuten, sie würden dafür sorgen, dass ein jeder Bergmann in die Lage versetzt werden solle, sich ein Schwein zu züchten. Dieses Versprechen nahmen die Kumpels mit beissender Ironie auf. In kernigen Sprüchen und Losungen, an Kohlenwagen geschrieben, gaben sie zu wissen, wie sie über diese Schweinediskussion denken. Auf einem Kohlenwagen stand geschrieben: "Fahrt neun Stunden ein, für ein Ley-Schwein!" An einem andern Kohlenwagen hatten zeichengeübte Bergmannshände einen Bergmann gemalt, der hinter einem Kaninchen herrennt, und die Zeichnung mit dem Spruch versehen: "Bald hätte ich das Schwein gehabt.-"

Die Schweinediskussion hat das Gegenteil dessen bewirkt, was die braunen Bonzen erreichen wollten. Lauter und eindringlicher wurde von den Kumpels die Forderung nach Zuteilung von mehr Speck und Fett erhoben. Obwohl auf der Reichstagung noch kein Wort über eine auch nur teilweise Bewilligung dieser Forderung gesprochen wurde, prangten schon wenige Tage nach der Tagung Anschläge an den schwarzen Brettern auf den Gruben, die die Bergleute aufforderten sich in die "Fettliste" eintragen zu lassen. Ein etwas später angebrachter Anschlag gab bekannt, dass Unverheiratete 1 Pfund und verheiratete Bergleute von nun an 1 Kg. Schmalz zum Preise von 1.10 Mark pro Pfund auf der Zeche erhalten. Damit ist die erste Kriegsschwerstarbeiterzulage für die Bergmänner zur Tatsache geworden.

Wenige Tage vor dem 1. April setzte ebenso fieberhaft und überstürzt wie alle bisherigen Massnahmen, eine tolle Betriebsversammlungskampagne der DAF ein. Es gibt kaum eine Grube, auf der in der letzten Märzwoche nicht mindestens eine Versammlung stattfand. Dabei offenbarten sich Hass und Wut der Bergleute gegen die im Interesse der Kriegspolitik Hitlers getroffene Massnahme in einem gewaltigen Boy-

Göring gedankt hat ? " Die Steiger behaupteten ebenfalls, davon nichts zu wissen. Und der Leiter der Nazizelle lief einfach fort, wenn ihm die Kumpels wegen des Danktelegramms ankeilten.

Auf einigen Gruben kamen am ersten Tag der verlängerten Arbeitszeit sehr viele Bergarbeiter zu spät. Sie behaupteten sich verschlafen zu haben. Da ihre Zahl zu gross war, um sie alle nach Hause zu schicken, liess sie die Zechenverwaltung während der Kohlenförderung einfahren. An den Betriebspunkten, wo sie fehlten, wurde die Arbeit erst nach ihrem Erscheinen aufgenommen. Es fehlte dabei nicht an Stimmen, wie: Wir hätten uns alle verschlafen müssen.

Die Grubenbeamten benahmen sich absolut nicht so forsch, wie sie es sonst tun, wenn etwas nicht klappt. Sie haben eben langsam auch die Nase voll. An den Betriebspunkten, wo die Butterpause über Gebühr lang ausgedehnt wurde, oder wo während der letzten Arbeitsstunde fast kaum noch Kohle kam, versuchten sie es meist mit der Redensart, doch die Kirche im Dorf zu lassen.

Als besonderes Merkmal aus dem oberschlesischen Bergrevier wäre noch zu verzeichnen, dass heute mehr denn je über die Arbeitsverhältnisse der Bergarbeiterkameraden jenseits der Grenze gesprochen wird. Fast jeder oberschlesische Bergmann hat Verwandte oder Bekannte, die " drüben ", in Polen Kohle hauen. Der Vergleich der Arbeitszeit hüben und drüben, ist jetzt das nie enden wollende Gesprächsthema. Dass dabei die deutsche Sozialpolitik, wenn man dieses Wort überhaupt noch anwenden darf, nicht besonders gut abschneidet, ist klar. Die Frage, ob die verlängerte Arbeitszeit zu einer entsprechenden Produktionssteigerung führen werde, wird von den Kameraden glatt verneint. Es ist aus den Knochen der Kumpels bei der jetzigen Ernährungslage nicht mehr herauszuholen. Das ist das allgemeine Urteil.

Saargebiet.

---.---.---.---

Im Saargebiet hat die Göringsche Verordnung über die Einführung der $8 \frac{3}{4}$ stündigen Arbeitszeit unter den Bergarbeitern einen besonders hohen Grad der Erbitterung erreicht. Hier erinnert man sich noch stets des vor der Saarabstimmung der Bevölkerung gegebenen Versprechens, dass auch nach der Angliederung an das Reich die Bergleute ihren $7 \frac{1}{2}$ Stunden-tag behalten würden. Bürckel, der jetzt die Wiener Arbeiter für das nationalsozialistische Knechtschaftsregime " gewinnen " soll, gab damals öffentlich diese " heilige Erklärung " ab. Aber alle Heiligkeit dieses Eides änderte nichts daran, dass ein Jahr nach der Rückgliederung des Saarbeckens den Bergarbeitern die Arbeitszeit auf acht Stunden verlängert wurde.

Und dass auch damit noch nicht das Ende erreicht war, das beweist die Göringsche Verordnung, wonach ab 1. April auch der Saarbergmann, der $7 \frac{1}{2}$ Stunden arbeitete, als die Gruben unter französischer Regie standen, nunmehr $8 \frac{3}{4}$ Stunden im Pütt zubringen soll. Allerdings hat sich in diesem Revier die Einführung der verlängerten Arbeitszeit um einige Wochen verzögert. Etwa 40 Prozent aller Saarbergarbeiter haben sehr weite Wege zu ihrer Arbeitsstelle. Sie müssen die Eisenbahn benützen. Diese jedoch konnte infolge des Mangels an Waggons und Lokomotiven die Umstellung nicht so schnell durchführen. Hätte man also auf die Einführung der verlängerten Arbeitszeit ab 1. April bestanden, dann hätten grosse Teile der Belegschaften einfach aus verkehrstechnischen Gründen nicht erscheinen können. Deshalb wurde der Termin auf den 17. April verlegt.

Aber die Bergherren an der Saar wollten auf keinen Fall auf die ihnen durch die Göringsche Sklavenverordnung entstehenden Vorteile verzichten. Sie ordneten deshalb im Verein mit den Oberbonzen der DAF, und der Nazipartei an, dass als Ausgleich für das verspätete Inkrafttreten der verlängerten Arbeitszeit an der Saar, am 2. April eine Sonntagsschicht verfahren werden sollte. Auf den Zechen wurden entsprechende Anschläge angebracht. Es wurde darin ausdrücklich erklärt, dass diese Sonntagsschicht mit einem Zuschlag von $33 \frac{1}{3}$ Prozent bezahlt werden würde.

Allerdings kamen die Zechenkapitäne damit nicht zum Ziel. Im Saarbecken tobt schon seit langem der Kampf um die Sonntagsschichten. Die Grubenverwaltungen haben immer und immer wieder Versuche unternommen, Sonntagsschichten verfahren zu lassen. Aber wieder und immer wieder sind sie damit gescheitert. Die Abwehr der Saarkameraden gestaltete sich hier besonders wirkungsvoll, weil die früher im christlichen Gewerkverein organisierten Kameraden sich genau so hartnäckig weigerten diese Sonntagsschichten zu verfahren wie die ehemals freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter. Die christlichen Kameraden erblicken in dieser Massnahme der DAF- und Partei-Oberbonzen einen Anschlag auf die Heiligkeit des Sonntags. Die Grubenbeamten führten zwar dem Scheine nach die Anordnungen von Zechenverwaltungen und Nazipartei durch, aber sie waren keinesfalls mit dem Herzen dabei, was man ihrem ganzen Benehmen nach deutlich merken konnte.

Die verspätete Einführung der $8 \frac{3}{4}$ stündigen Arbeitszeit aber schien den Grubenverwaltungen ein willkommener Anlass dafür, es am 2. April wiederum mit einer Sonntagsschicht zu versuchen. Diesmal wurde die Massnahme propagandistisch besser

vorbereitet. Es fanden Ende März auf fast allen Gruben Betriebsappelle statt. Hier wurde vor allem an das vaterländische Gewissen der Bergarbeiter appelliert. " Der Saarbergmann wird sich niemals des Verbrechens schuldig machen, Deutschlands Wehrhaftmachung durch Kohlenmangel verzögert zu haben, " usw. Dann folgte eine Serie von Versprechungen. Man scheute sich nicht, den kumpels Tagelöhne von 11 Mk. und mehr zu versprechen. Und endlich fehlte auch die Drohung nicht, dass der, der sich weigere, die Sonntagschicht zu vollziehen, sich der Sabotage schuldig mache. Die Kameraden hörten sich das alles stumm an. Was sie sich bei diesen Reden dachten, das konnten Bezirksleitungen und Grubenverwaltungen am Sonntag den 2. April sehr deutlich merken.

Die Grube Velsen hat eine Belegschaftszahl von ungefähr 2 000 Mann. Von diesen erschienen zur Morgenschicht 138, zur Mittagsschicht 58 und zur Nachtschicht 13 Mann. In keiner Schicht konnte die Förderung aufgenommen werden.

Auf der Grube Heinitz erschienen von über 5 000 Mann zur Mittagsschicht 17 Mann, zur Nachtschicht niemand. Auf beiden Schichten wurde daher nicht angefahren. Zur Morgenschicht waren einige hundert Mann erschienen. Diese stoppte man in einige Reviere und liess sie dort arbeiten. Das Förderergebnis war minimal, da ja die zur Arbeit Erschienenen nicht auf ihrem Arbeitsplatz beschäftigt werden konnten.

Von den etwa 1 500 Mann der Grube Götteleborn waren zur Morgenschicht 100 Mann, zur Mittagsschicht 13 und zur Nachtschicht niemand erschienen.

So sah die Antwort aus, die die Saarbergarbeiter auf die von ihnen verlangte Sonntagsschicht gaben. Es war das zugleich eine Antwort auf die von Göring erlassene Verordnung zur Verlängerung der Arbeitszeit. Jetzt ist überall die Parole durchgegeben worden: Keine Mehrarbeit während der uns neu aufgezwungenen 3/4 Stunden. Da, wie der Widerstand gegen die Sonntags-Überschichten gezeigt hat, wird auch diese Parole durchgeführt werden.

Das Auspuffventil. Die nationalsozialistische Presse hat die Propaganda für die Einführung der 6 3/4 Stundenschicht im Bergbau nicht sonderlich geschickt begonnen. Sie nahm auf den Kern der Sache, nämlich die Arbeitszeitverlängerung, nur in zweiter Linie Bezug, und rückte die durch die Arbeitszeitverlängerung dem Bergmann angeblich gebotenen Vorteile in den Vordergrund. Da für allerdings nie zu erreichende Leistungen Zuschläge von 200 % bezahlt werden sollen, so machte man damit Reklame. Es erschienen Artikel, die die anderen Arbeiterkategorien des Ruhrreviers förmlich damit versöhnen sollten, dass der Bergmann jetzt plötzlich so ausserordentliche Einkommensaufbesserungen erhalte.

Diese Propaganda scheiterte jedoch vollständig. Die Bergarbeiter, die diesen Unfug lasen und ihre angeblichen Einkommensaufbesserungen kennen lernten, schüttelten den Kopf und machten ihrem Unwillen auf alle Art und Weise Luft. Es wurde laut und offen über diesen Schwindel geschimpft, den man mit Recht als Verhöhnung des Bergarbeiters auffasste.

Diese Bewegung wurde derart stark, dass sich die Nazi-propaganda gezwungen sah, plötzlich kehrt zu machen. Als Sprachrohr musste der " Ruhrarbeiter " herhalten, dem Göttele die spezielle Aufgabe zugewiesen hat, als Blitzableiter zu dienen. In diesem Blatt kamen mehrere nationalsozialistische Vertrauensleute zu Wort. Und was sie sagen, ist das glatte Gegenteil der von der Nazi-pressen zuerst ausgegebenen Behauptungen. Allerdings sind auch diese Äusserungen der Betriebsobleute mit der entsprechenden Reserve zu geniessen, denn auch ihnen ist eine Grenze gezogen.

So behaupten diese Obleute mit einer Ausnahme, der Bergmann sehe ein, dass er das Opfer der Mehrarbeit bringen müsse. Nur einer sagt, die Ankündigung habe sichtliches Erstaunen hervorgerufen, da man bis kurz vorher dauernd versichert habe, die Arbeitszeit im Bergbau würde nicht verlängert werden.

Aber mit der gleichen Einstimmigkeit sagen die nationalsozialistischen Obleute dann, dass die Bergleute durchweg fürchten, man werde sie um die ihnen in der Göringverordnung zugesagten Lohnaufbesserungen betrügen. Einige belegen das mit sehr vernünftigen Beispielen, durch die sie beweisen, dass der Bergmann kaum noch in der Lage sei, mehr zu leisten als bisher und darum auch die für die Mehrarbeit vorgesehenen Zuschläge nie erhalten werde. Das alles ist viel richtiger als die verlogenen Darstellungen der nationalsozialistischen Tagespresse, die vorher das zu erwartende Rieseneinkommen der Bergarbeiter in rosigen Farben ausmalte.

Eins jedoch bleibt auch nach dieser neuen, durch Nazi-arbeiter durchgeführten Propaganda rätselhaft, nämlich, warum ein mit gesundem Menschenverstand begabter Bergmann davon überzeugt sein soll, dass er das Opfer der Mehrarbeit bringen muss, auch wenn man ihm um die Früchte seiner Arbeit betrügt. Hier schwindeln diese Leute offensichtlich, wie ja die Praxis ganz eindeutig beweist.